

Inland.

Potsdam, den 27. Okt. Se. Königl. Hoheit der Großherzog, Ihre Königl. Hoheit die verwittwete Frau Großherzogin und Ihre Hoheit die Herzogin Louise von Mecklenburg-Schwerin sind, von Schwerin kommend, auf Schloß Sausouci eingetroffen.

* Posen, den 30. Oktober. Der nun mit dem Amendement Phillips in Berlin angenommene §. 1. der Verfassung ist natürlich in diesen Tagen der Aufregung unter den hiesigen Deutschen wiederholentlich zergliedert und mit der Lupe des schärfsten und gerechtesten Mißtrauens betrachtet worden. In mehreren Volksversammlungen bildete er den ausschließlichen Gegenstand der Debatte, in allen Clubs und sonstigen Körperschaften wurde er durchdiscutirt und mit den gebührenden Commentaren begleitet; auf den Strafen wie in den Comptoirs, in den Bureaus wie in der Werkstatt, überall hat die vom Concertsaal aus in unsere Provinz geschleuderte Bombe gleich lebhaft gezündet. Die deutsche Bevölkerung der Provinz, so weit wir sie von hier aus übersehen können, hat sich auf den entschiedensten Parteistandpunkt aufgepflanzt, und wird sich, mag's biegen oder brechen, von dem Boden ihres in Frankfurt festgestellten Rechtes durch keine Macht verdrängen lassen. Die vermittelungsfüchtigen Friedensstifter à tout prix haben nirgends hier durchdringen können, sahen sich überall mit ihren Anträgen zurückgewiesen. Und das mit Recht, denn hier giebt es Nichts zu verhüllen, Nichts zu vertuschen; der Bruch liegt zu offen da, um sich darüber irgendwie durch Illusionen hinwegtäuschen zu können. Die zweifarbige Thorheit, zu der wir im März uns überreden ließen, die Verbrüderungskomodie, auf die wir Deutschen uns damals noch mit aufrichtig ernster Absicht eingelassen hatten, darf nicht wieder auf dem Repertoire der Gegenwart erscheinen; wir riskirten abermals durch die Schlaueit unserer Gegner ebenso wie das erste Mal dupirt zu werden. In voller Anerkennung müssen wir es rühmen, mit wie sicherm Takt unsere Bevölkerung die unter der glatten Oberfläche versteckte Gefährlichkeit dieses Amendements Phillips herauszufühlen verstanden hat. Wer sonst mit arglos schlechtem Sinne die Wiener Verträge von 1815 durchliest, dann das Bestergreifungspatent und den Zurschluß an die Bewohner des Großherzogthums zur Hand nimmt und endlich damit den zum Beschluß erhobenen Paragraphen in Vergleichung bringt, dürfte auf den ersten Blick vielleicht über die dadurch hervorgerufene Aufregung sich bestreudet zeigen. Es sei ja hier überall von den „Bewohnern des Großherzogthums“ im Allgemeinen die Rede; ihre besondern Rechte sollten gewährleistet, ihre Nationalität sollte gesichert werden; da wäre auch der Deutsche nicht vergessen, und von einer Verletzung seiner Sprache, Sitte und Lebensgewohnheit könne nicht die Rede sein. Doch um anderer Meinung zu werden, braucht man sich bloß an die Natur der Grundlagen zu erinnern, auf welche man die Verhältnisse und Zustände unserer Provinz neu zu erbauen gedenkt. Was da in den Wiener Verträgen geschrieben steht, das haben die damals tagenden Diplomaten zusammengebraut. Die bilden in der Naturgeschichte des Menschengeschlechts eine eigene für sich bestehende Gattung. Ihr Charakter kennzeichnet sich dadurch, daß sie in ihre, noch so unschuldig aussehenden, Reden allerlei Nebengedanken mit hineinquirren, und nach dem Ausspruch ihres Meisters überhaupt den Mund nicht öffnen, um das, was sie meinen, wirklich zu sagen, sondern erst recht zu verbergen. Bei heiterem Himmel erscheinen daher ihre Sätze ganz klar und durchsichtig; so wie aber der politische Horizont sich düster zu umziehen anfängt, rühren sich alle die hineinquirrenden Blasen, die Verhandlungen werden trübe und unverständlich; kein Mensch weiß mehr was dahinter steckt, Alles tappt im Finstern, ergreift was ihm dann grade in die Hand läuft, und der Stärkere behält Recht. Mit allen den oben angeführten Dokumenten verhält es sich grade so. Von einer politischen Selbstständigkeit, von einer ewig zusammenbleibenden Geschlossenheit dieses neugeschaffenen Großherzogthums war dort freilich nicht ausdrücklich die Rede, aber man kann es hinein interpretiren. Von einem Vorschieben des polnischen und einem Zurückdrängen des deutschen Elements ist dort ebenfalls nicht ausdrücklich Erwähnung gethan; aber man kann es mit einiger diplomatischer Gewandtheit hineinlegen. So zeigt sich denn in der That die Anstößigkeit dieses §. 1. nicht sowohl in dem buchstäblichen Wortlaut desselben, als vielmehr in dem, was politische Prozeßjäger aus ihm herauszuklauben vermag. Daß man aber wirklich von Seiten unserer Gegner alle Vortheile rabulistischer Auslegung sich vorzubehalten gedenkt, zeigt sich grade an der Hartnäckigkeit, mit der sie eben auf diese schillernden, vieldeutigen Verheißungen stets wieder zurückkommen. Wenn sie Nichts Anderes als die Erfüllung des unmittelbaren Wortlautes derselben beabsichtigten, so waren ihre Ansprüche schon durch den in Frankfurt angenommenen Marek'schen Antrag befriedigt, der den nicht-deutschen auf deutschem Bundesgebiet wohnenden Nationalitäten alle Garantien für die Nichtgefährdung ihrer Volkeshümmlichkeit darbietet. Aber sich damit begnügen, das wollen sie nicht, und — wir, wir wollen und werden das Gegentheil nicht dulden. Die Wiegenhaftigkeit der Diplomaten verloren; das Europa von 1815 ist in dem von 1848 nicht wieder zu erkennen. Deutsch gesprochener Zeit muß rückhaltlos ein ehrliches, offenes, klares durch das Pergamentband eines von Diplomaten geschmiedeten Traktats an Einschnitt nicht grade haarfährlich ziehen läßt, so ist das ein unvermeidlicher Nebelstand, dergleichen bei jedem menschlichen Unternehmen mit unterläuft, und gleichem Verhältnis zu vertheilen. Daß aber nach vollzogener Trennung der in die Wildnis, den Thieren des Waldes zur sichern Beute, das will uns nicht in den Sinn. Das selbstständig reorganisirte Ostposen wird — vorausgesetzt daß es den nächsten Ursprung seines politischen Daseins nicht vergißt und sich den Interessen des preussischen Staates aufrichtig befreundet — nach wie vor

den Schutz genießen, den ihm diese Macht bisher als einem Theile des Großherzogthums hat angedeihen lassen. Sollte es aber seine Aufgabe verkennen und die erlangte Selbstständigkeit nur benutzen, um mit größerer Bequemlichkeit gegen Preußen zu machiniren und intriguiren und conspiriren, dann freilich wäre es die eigene Schuld der Polen, wenn im äußersten Falle Preußen sich veranlaßt sähe, seine schirmende Hand von ihnen abziehen, und sie dem von ihnen selbst heraufbeschworenen Schicksale verfallen zu lassen.

Berlin, den 29. Oktober. Nachrichten, welche aus der Umgegend Wiens über Breslau hierhergelangt sind, stellen fest, daß bis zum 27. Mittags noch kein Angriff auf die Stadt stattgefunden hatte. Dagegen waren von der Stadt aus mehrfache Angriffe auf die Kaiserlichen Truppen gemacht worden; so war am Breiten-See und in der Vorstadt Lerchenfeld bedeutend gekämpft worden. Durch die wiederholten Angriffe hatte sich ein Theil des Mährischen Armeecorps zum Vorrücken genöthigt gesehen und war bei dem Schmelzer Kirchhof auf ein starkes Kartätschfeuer der Städtischen gestoßen, wogegen eine Batterie herbeigeht und der Kirchhof von den Jütlirern genommen, später aber, wegen zu sehr exponirter Lage, wieder verlassen wurde. Auf der Ruffdorfer Seite waren die Städtischen vollständig in die Linie zurückgedrängt und alle Punkte der Umgegend besetzt, so auch Fünf- und Sechshausen. Der Fürst Windischgrätz hatte Befehl gegeben, das Feuer überall einzustellen, wo dasselbe nicht durch Angriffe von der Stadt aus unvermeidlich sei; auch waren keine Bomben in die Stadt geworfen. Der Banus hatte das Lusthaus im Prater und die Pulverthürme besetzt und lehnte sich an die Donau unterhalb der Stadt. Die Wasser- und Gasleitungen waren der Stadt abgeschnitten; erstere waren auf der Ruffdorfer Seite von den Städtern mit großer Tapferkeit durch einen energischen Angriff genommen, aber bald darauf an die Kaiserlichen Truppen wieder verloren.

Es wurde erzählt, daß sechs Dampfboote mit Ungarn die Donau herabgekommen, aber wieder umgekehrt seien, als das erste davon heftig beschossen worden.

Aus der Stadt kamen fortwährend Deputationen an den Fürsten Windischgrätz; in Folge einer derselben, an deren Spitze ein Abgeordneter Wiltersdorf gestanden haben soll, hatte der Fürst Windischgrätz die unten folgende Proclamation „an die Bewohner Wiens“ erlassen.

Es wurde behauptet, der Fürst habe dem Gemeinderath die Personen namhaft gemacht, auf deren Auslieferung er bestehen werde.

In der Nacht vom 26. zum 27. hörte man von mehreren Seiten den Donner des groben Geschüßes, auch am Morgen des 27. hier und da vereinzelt Feuer; am Mittag herrschte aber vollkommene Stille, und es hieß, daß sich wieder eine Deputation bei dem Fürsten befinde.

Der Nordbahnhof und der Prater bis nahe an die Leopold-Stadt waren bei Abgang der letzten Reisenden vom Banus besetzt; man wollte 50—60 Gefangene aus der Stadt haben ins Hauptquartier abführen sehen.

Nach allen Nachrichten schlugen die Städtischen sich mit Tapferkeit; man wollte an ihrem guten Schießen besonders die Polen erkennen. Dagegen soll die Erbitterung der Truppen durch die fortwährend auf sie gemachten Angriffe, welche sie noch nicht erwidern durften, aufs höchste gestiegen sein. In der Proclamation heißt es:

Ich appellire an den Rechtsichtheitsinn eines gewiß großen Theils der Bewohner Wiens und frage sie, ob es möglich ist, daß ich nach allem Vorgefallenen, nachdem auf meine Truppen ohne allen Anlaß gleich bei ihrem Erscheinen gefeuert wurde, mit denselben nach Wien einzuziehen könne, in die Stadt, die nach Aussage Aller von bewaffneten Uebelgestunten wimmelt, ehe diese Menge entwaffnet ist, ohne einen mörderischen Straßenkampf herbeizuführen. Ich frage, ob diejenigen, welche mir Frieden anbieten, welche mich auffordern, ungeschont nach Wien einzuziehen, auch wenn sie es gut mit mir meinen, im Stande wären, denen Ruhe und Mäßigung zu gebieten, die nun schon seit Wochen mit Waffen in der Hand die Stadt terrorisiren. . . . Die Partei, welche für die Urheber jener unerhörten Schandthat, die an dem Kriegsminister Grafen Latour und selbst noch an seiner Leiche begangen wurde, von Sr. Majestät Amnestie begehrt, welche die Entfernung der Truppen, die so schändlich angegriffen wurden, verlangt, einen Antrag auf Verbannung mehrerer Glieder des Kaiserlichen Hauses stellte, noch vor kurzem gegen die mir von Sr. Majestät dem Kaiser verliehene Vollmacht protestirte und meine ganze Sendung als ungesetzlich erklärte, — diese Partei schickt Friedensboten zu mir, um mich mit meinen Truppen ohne alle Garantie in die Stadt zu ziehen! Fern ist von mir der Gedanke unnöthiger Gewalt-Maßregeln; es erfüllt mich mit Schmerz, gegen die Hauptstadt der Monarchie feindlich aufzutreten zu müssen; doch ich frage nochmals die rechtlich gefünten Bewohner derselben: ist Vermittelung in der mir angetragenen Form unter solchen Voraussetzungen möglich?

Hauptquartier Segdoff, den 25. Oktober 1848.

(gez.) Fürst zu Windischgrätz.

Vom Rheine, den 24. Okt. Am 22. d. fand in Deuz eine Versammlung von Direktoren und Lehrern der höheren Schul-Anstalten der Rheinprovinz Statt (die Zahl der Anwesenden betrug dem Vernehmen nach über 70), worin zunächst ein Rescript des königl. Provincial-Schulkollegiums zur Sprache kam, in welchem dasselbe den Lehrern das Recht abspricht, von der Central-Behörde in Betreff der beabsichtigten Reform des höheren Schulwesens gehört zu werden. Die Versammlung gab eine Erklärung zu Protokoll, daß, nach den auch in diesem Blatte bekannt gemachten Erlassen des Cultus-Ministeriums vom 10. und 24. August dieses Jahres, dieses Recht den Lehrern nicht bestritten werden könne, und beschloß, diese Erklärung den betreffenden Behörden mitzutheilen. Ferneren Gegenstand der Besprechung bildete der von demselben Ministerium bekannt gemachte Erlass über die Wahlen zu der Commission, die in Berlin zur Berathung oben erwähnter Reform zusammen treten soll. Die Versammlung beschloß, in einer Petition das vorgesezte Ministerium zu bitten, einen andern, die Freiheit und Sicherheit der Wahl mehr gewährleistenden Wahl-Modus anzunehmen, resp. den angeordneten Wahlmodus nur mit den von ihr vorgeschlagenen Modificationen eintreten zu lassen.

Frankfurt a. M., den 27. Okt. (D.-P.-A.-Z.) 103te Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Die Sitzung wird von dem Vice-Präsidenten Simson gegen 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags eröffnet. Noch während der Lesung des Protokolls erscheint H. von Gager, um den Vorsitz zu übernehmen. Die Abgeordneten Rölle aus Schlessen, und von Hagenow aus Pommern zeigen ihren Austritt aus der Nationalversammlung an. Der Vorsitzende ist in der Lage, die Versammlung an ein Schreiben zu erinnern, welches eine Anzahl Deutscher in New-York mit einem Geldbeitrage von 9310 Fl. 4 Kr. für die Verwundeten und für die Hinterbliebenen der in Wien und Berlin gefallenen Kämpfer durch den Amerikanischen Konsul, Herrn Grave, im Monate Mai an die Nationalversammlung hatte gelangen lassen. Da mit dem Eintreffen dieser Sendung für deren Verwendung keine Veranlassung mehr sich vorfand, so ersuchte das Bureau Herrn Grave, mit dem Comité jener Deutschen zu New-York in Verbindung zu treten, damit dasselbe die gedachte Summe dem Deutschen Flottenbau zuwenden möge. Die Antwort des Comité, welche von dem Präsidenten verlesen wird, geht jedoch dahin, daß dasselbe, mit wie großer Begeisterung auch die Nachricht von dem Bau einer Deutschen Flotte von den Deutschen in Amerika aufgenommen worden ist, dennoch für seine Pflicht erachtet, die übersandte Summe, nebst einem weiteren Beitrage zu dem ursprünglichen Zwecke, d. h. für die Hinterbliebenen der Kämpfer gegen arbitraire Gewalt, wenn auch nur zur Versorgung weniger Waisen, zu verwenden. Hiernach ist das Bureau der Ansicht, diese Summe in gleichen Hälften für Berlin und Wien zu vertheilen und eine Kommission oder das Bureau selbst mit der Absendung zu beauftragen. Die Versammlung geht auf die Verhandlung über diesen Gegenstand ein. Vogt fragt, ob das Geld an die Hinterbliebenen derjenigen, welche für oder welche gegen das Volk in Berlin und Wien gestanden, vertheilt werden soll. Der Präsident erledigt diese Frage im ersteren Sinne und nach der von den Gebern ausgedeuteten Bestimmung, worauf die Versammlung den Beschluß faßt, die obige Summe den Gemeindebehörden in Wien und Berlin nebst Abschrift des Schreibens der Deutschen in New-York durch das Bureau zu stellen zu lassen. Mehrere Interpellationen wird der Reichsminister des Innern nächsten Montag beantworten. Eine Zuschrift des Polizeigerichts der freien Stadt Frankfurt vom 23. d. an das Reichs-Justizministerium enthält das Gesuch um Zustimmung der Nationalversammlung zur Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Abgeordneten Bernhadi, Jürgens und Löw als Redakteure der Flugblätter, gegen welche der Abgeordnete Mintus aus Schlessen, der in diesem Organe gegen ihn enthaltenen Schmähungen wegen, Klage erhoben hat. Jürgens erklärt, diese Anklage gehe ihn allein an, da die Herren Bernhadi und Löw an der Redaktion der Flugblätter nicht mehr theilhaftig seien. Uebrigens nehme er kein Privilegium für sich in Anspruch, weshalb die Versammlung ihre Genehmigung zu der gegen ihn verlangten gerichtlichen Untersuchung ertheilen möge. Der Vorsitzende bemerkt, daß nach Verkündigung des Gesetzes zum Schutze der Nationalversammlung weder von der Beanspruchung, noch von der Verzichtleistung auf ein solches Privilegium die Rede sein könne. Die Versammlung beschließt, die Requisition des Frankfurter Gerichts an den für solche Fragen bestehenden Ausschuss zur Begutachtung zu verweisen. Mehrere Eingänge für den Flottenbau werden verlesen, darunter 2300 Fl. von dem Frankfurter Bazar zum Besten der Deutschen Kriegesflotte. (Bravo!) Tschö und Genossen beantragen, daß die in Leipzig von einer gemischten Kommission von Kaufleuten und Rechtsgelehrten entworfene Wechselordnung, nach schleuniger Berichterstattung des Gesetzgebungs-Ausschusses, in möglichster Kürze als Gesetz verkündet werde. Mit dem 1. d. stellt die Vorlage dieses Verichts in nächste Aussicht. Die neu eingetretenen Mitglieder Moller aus Salzburg, Langbein aus Würzen u. A., werden den Abtheilungen eingereiht. In der Fortsetzung der in der letzten Sitzung abgebrochenen Debatte erhält das Wort Ludwig Uhland: Wir sind hierher gefandert, die Deutsche Einheit zu gründen, nicht aber große Gebiete von Deutschland abzulösen, Gebiete, welche Jahrhunderte hindurch Deutsches Reichsland waren, und die selbst in rühmlichen Tagen zum Deutschen Bundesland gehörten. Die Fremdherrschaft hat Deutschland zerrissen; unsere Aufgabe ist, das Vaterland zu einem Ganzen wieder zu vereinigen, nicht aber mit eigenen Händen zu verstümmeln. Der Antrag des Redners ist folgender: „Die Nationalversammlung möge die §§. 2 und 3 des Entwurfs von der zweiten Berathung ausnehmen und dieselben, unbeschadet der Aufnahme in die Reichsverfassung, sogleich zum definitiven Beschluß erheben.“ Beda Weber aus Meran: Das Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland kann sich klar gestalten, ohne daß darum die Oesterreichische Gesamt-Monarchie zerrissen werden muß. Würde Oesterreich zerbröckelt, so wäre Preußen da; und auf dieser tabula rasa wäre nur die Republik möglich, welche Wenige haben wollen, oder die Militair-Diktatur, welche Niemand haben will. Deutschland bedarf Oesterreich mehr als Oesterreich Deutschland, denn es hat Mittel genug, um alle Theile des Staates zu einer Einheit zu verbinden. Wir haben graue Theorien genug gehabt. Die §§. 2. und 3. stehen im Dienste Rußlands, denn in ihnen ist die Entstehung eines Slavenreichs ausgedrückt, welches früher oder später mit Rußland sich vereinigen wird. v. Strehmayr aus Graz und Dr. Deym für die Verbindung der ungetrennten Oesterreichischen Monarchie mit Deutschland; Wichmann aus Stendal für die Personalunion; Berger aus Wien, gegen die §§. 2. und 3. Geht Oesterreich in Deutschland auf, so ist keines seiner Interessen gefährdet. Der innige Anschluß ist eine leere Phrase. Entweder gehören wir in den Deutschen Bundesstaat, oder wir gehören nicht einmal in den Deutschen Staatenbund. Vogt von Sieben: Sämmtliche Redner vor mir haben die §§. 2 und 3 des Entwurfs lediglich auf den Oesterreichischen Staat bezogen, als ob dieselben nicht auch auf Preußen, hinsichtlich des abgeschnittenen Theils von Posen, welchen

die National-Versammlung zu Berlin als Theil von Preußen nicht anerkennen will, ihre Anwendung finden. Auch war noch nicht die Rede davon, daß wir durch Annahme dieser Paragraphen mit Holland, wegen Limburg, in Konflikt kommen, noch auch, daß dadurch Dänemark geschlagen wird bezüglich Schleswig. Dem Panflavisimus werden Sie am besten dadurch entgegengetreten, daß Sie ihn anerkennen. Schneiden Sie die Deutschen Provinzen ab; nur so werden die Deutschen Interessen am besten gewahrt werden. Levisohn und Genossen beantragen den Schluß der Debatte. Die Mehrheit entscheidet sich dagegen. (Schluß folgt.)

R u s s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 26. Okt. Nationalversammlung. Sitzung vom 26. Okt. Anfang 1 Uhr. Präsident Marrast. Die Bänke überfüllt. Louis Bonaparte, der gestern nicht anwesend war, verlangt das Wort. „Bürger, Repräsentanten“, beginnt er, schüchtern und mit schwacher Stimme vom Papler lesend, wie gewöhnlich, „der bedauerliche Fall, der sich gestern in meiner Abwesenheit zutrug, ruft mich auf die Rednerbühne. Ich beklage es tief, so oft von mir sprechen zu müssen, vermeine meine Gefühle, meine Wünsche, meine Ansichten mitgetheilt. Niemand kann mich eines Wortbruchs zeihen, und doch muß ich mein parlamentarisches Benehmen gerügt und meine Gesinnungen entstellt sehen. Für jetzt kann ich Keinem das Recht zugestehen, mich über mein Verhalten und meine Meinung zu interpelliren. Ich bin nur meinen Wählern Rechenschaft schuldig. Wessen klagt man mich an? Man klagt mich an, den Gedanken zu hegen, eine Kandidatur anzunehmen, die man mir anbietet. Wohlan, ja, ich nehme sie an. Frankreich betrachtet meinen Namen als dazu geeignet, die Gesellschaft zu befestigen. (Hier erhebt die gesammte Linke einen heftigen Lärm; doch hört man rufen: Sprechen Sie weiter!) Diejenigen, die mich des Ehrgeizes anklagen, kennen mich schlecht. Aber wenn mein Name die guten Bürger zu einigen im Stande ist, wenn die Sympathieen meiner Mitbürger glauben, daß ich in die Reihe der Kandidaten zu stellen, warum sollte ich es nicht? Ich hätte längst das Exil verschmerzt, wenn ich der Galle nachgegeben, mit der mich einige zu kränken suchen.“ Clement Thomas: Ich verlange das Wort. Flocon: Auch ich verlange das Wort. Louis Bonaparte, verwirrt weiter lesend: „Es ist nur wenigen Personen gegeben, auf der Tribüne berede zu sein. Doch giebt es nur dieses Mittel, um seinem Lande zu dienen? In diesen Augenblicken sind vielmehr gerechte und weise Ideen nöthig, welche die antisozialen Ideen ins Nichts versetzen können. Ich weiß, daß man meiner Laufbahn allerlei Fallstricke legen möchte. Ich werde nicht hineinfallen. Ich werde die größte Umsicht zu behaupten wissen. Ich werde nur die größte Achtung der Versammlung zu verdienen trachten, so wie jenes Volkes, das man gestern hier so leichtfertig behandelte. Ich erkläre also denen, die ein Verfolgungs-System gegen mich schmieden wollten, daß ich ihnen zu widerstehen wissen werde.“ Hierauf rafft der Redner seine Papiere zusammen und steigt von der Tribüne herunter. Mehrere Stimmen rufen: Zur Tagesordnung! zur Tagesordnung! Clement Thomas sucht sich Gehör zu verschaffen und wiederholt gestern schon vorgebrachte Angaben über Emittaire in den Departements behufs bonapartistischer Propaganda. Der Lärm wird, indeß immer stärker und die Tagesordnung angenommen. An der Tagesordnung ist das Dekret des Verfassungs-Ausschusses über die Präsidentenwahl am 10. December. Molé nimmt das Wort, und setzt, unter tiefstem Stillschweigen, der Versammlung auseinander, daß sie erst die organischen Gesetze votiren solle, ehe sie den Präsidenten neben oder über sich erhebe. Cavagnac folgt dem Redner auf der Tribüne und deutet der Versammlung in sehr bedrohlicher Weise an, daß die Gefahr im Lande größer sei, als man glaube. Es sei die höchste Zeit, aus dem Provisorium heranzutreten. Barrot und Flocon gerieten hart an einander. Der Erstere hob namentlich hervor, daß gerade diejenigen Deputirten jetzt gegen die sofortige Präsidentenwahl sprächen, welche damals für die Erneuerung des Präsidenten durch die National-Versammlung ausgetreten seien. Flocon fand dies schon zu Ende. Man habe ja jetzt einen Präsidenten. Doch das Provisorium sei öffentlich als Kandidat ausgetreten, nachdem er in den Departements Gold ausgewandert. Louis Bonaparte hört diese Anklage bebend an, bleibt aber stumm auf seinem Platze. Dupont (aus Luffac) trägt darauf an, die Präsidentenwahl bis zum definitiven Votum der Versammlung zu verschieben. (Zum Schluß!) Das Dupontsche Amendement fällt durch und der Debattenschluß wird ausgesprochen. Nun läßt Marrast über Art. 1 des Dekret-Entwurfes des Verfassungs-Ausschusses, in welchem die Präsidentenwahl auf den 10. December festgesetzt ist, zusammen. Zahl der Stimmenden 819; absolute Mehrheit 410; für Annahme des Artikels 587; gegen dieselbe 232. Die Präsidentenwahl erfolgt somit am 10. Dez. d. J. Nach diesem Votum trennt sich die Versammlung. Es ist 6 Uhr.

Der heutige Moniteur bringt das Dekret, mittelst dessen der mit der Exekutiv Gewalt beauftragte Conseil-Präsident das Entlassungsgesuch des Bürger's Gombaux, Ministers der Finanzen, annimmt und den Bürger Trouvé-Chauvel, Seine-Präfekten und Volks-Repräsentanten, zum Minister-Staats-Secretair im Finanz-Departement ernannt. Es ist von gestern datirt.

Das Volk vom Havre hat folgende Bittschrift an die National-Versammlung geschickt: „Bürger-Repräsentanten! In Gegenwart des fortwährenden Steigens der Getreidepreise auf unseren Märkten; in Erinnerung des Elendes, das uns in Folge der letzten Lebensmitteltheuerung traf; im Angesichte täglicher Einschiffungen, die das auf Französischem Boden gewonnene Produkt dem Auslande zuführen; in der Besorgniß, daß die Spekulanten Englands, als geborne oder befohlene Feinde der Republik, dieselbe auszuhungern suchen —

erscheinen wir vor Ihnen, mit der Bitte, dem Chef der Vollziehungsgewalt aufzugeben, daß er in möglichst kurzer Frist ein Dekret erlasse, welches alle Ausfuhr von Getreide, Gemüse und anderen Lebensmitteln sofort untersagt. Wir haben in diesem Jahre schon viel gelitten; es liegt uns daher um so mehr am Herzen, die Entwicklung unserer jungen Republik nicht durch fortwährende Klagen zu hemmen. Die Zeit drängt, die Kälte naht und mit ihr die Einstellung der Arbeit. Wir wenden uns daher mit dem Vertrauen an Euch, daß Ihr als Diejenigen, die Ihr vom Volke beauftragt seid, ihm Vertheidigung und Schutz schuldet. Havre, den 21. Oktober 1848." (Folgen die Unterschriften, besonders vieler Fabrikarbeiter.)

Italien.

In Bologna wird es täglich ruhiger. Dagegen wiederholen sich in dem benachbarten Modena hier und da republikanische Demonstrationen. Bei der letzten erbrach das Volk die Hofbuchdruckerei, raffte alle Exemplare der Notification über die Neuorganisation der Nationalgarde zusammen und verbrannte sie auf dem großen Platz, ohne von der Oesterreichischen Besatzung daran verhindert zu werden. — Der bekannte Historiker und Verfasser des Lebens Bonifaz VIII., Luigi Lotti, ist aus Monte Casino in Rom angekommen.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung.

Achtundachtzigste Sitzung, vom 28. Oktober.
Vizepräsident v. Unruh eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. — Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen, und ohne Erinnerung angenommen. — Seitens mehrerer Abgeordneten ist ein dissentirendes Botum eingegangen, betreffend die Annahme des Art. I. der Verfassung. Die Unterzeichner, unter welchen namentlich auch die Abgg. Rosanowski, Hofier Kühnemann, Lamrau, Hartmann und Bauer (Pillkallen) sich befinden, halten das mit angenommene Phillips'sche Amendement deshalb für ganz ungerathen, weil die Rechte der Polen nicht bei den territorialen Verhältnissen abzuhandeln wären, und weil es ohne Unterscheidung der verschiedenen Nationalitäten, die durch Aufnahme in den deutschen Bund den Deutschen Bewohnern des Großherzogthums zugesicherten gleichen Rechte mit den Polen nicht anerkenne.

Man schreitet zur Präsidentenwahl, welche jedoch nur für die noch übrige Wahlperiode erfolgt, so daß der nächste Wahltermin nicht verändert wird. Der Namensaufruf erfolgt, die Abgeordneten werfen die Stimmzettel in die Wahlurne. Während das Scrutinium von den Schriftführern besorgt wird, geht man zur Verathung der dringenden Anträge über.

Der Abg. Plath hat beantragt: „Die hohe Versammlung wolle sofort beschließen: den Beschluß der hohen Versammlung vom 21. d. Mts., betreffend die Abgaben der Petitionen an die Ministerien, auch auf diejenigen Petitionen auszudehnen, welche im ersten und zweiten Petitions-Bericht ohne Vorbehalt an die Ministerien zur Abgabe beantragt wurden.“ — Diesem Antrage hat die Prioritäts-Commission den Vorrang vor der Tagesordnung eingeräumt. Der Antragsteller empfiehlt den Antrag als sachgemäß. — Wolf bemerkt, daß die unter Nr. 138 des ersten Petitionsberichts erwähnte Petition des Magistrats zu Straßburg um zeitweise Befreiung einer Garnison daselbst, Seitens des Kriegsministeriums bereits erledigt sei.

Hierauf folgt der Antrag der Abgg. Kämpf und Bucher, lautend: „Die hohe Versammlung wolle beschließen: den Hrn. Kriegsminister aufzufordern, der Versammlung schleunigst genaue und specielle Mittheilungen über die Stärke der gegenwärtig in der Provinz Brandenburg im Allgemeinen, und der Stadt Berlin insbesondere, vorhandenen Truppen, über die Gattung derselben, und die von ihnen bezogenen Kantonnements zu machen.“

Kämpf erklärt: Die Gründe der Dringlichkeit seien mit denen für die Sache selbst so verbunden, daß sie nicht abgesondert vorgetragen werden könnten, er verzichtet daher auf das Wort für die Dringlichkeit und behält sich daselbe für die Diskussion der Sache selbst vor. Der Ministerpräsident beantwortet die Frage, soweit es ihm für den Augenblick möglich ist, hofft, am nächsten Freitage genauere Auskunft ertheilen zu können. Hierauf zieht Kämpf seinen Antrag bis dahin zurück.

Dem Bericht der Petitionskommission über die Eingabe des Gutsbesizers Günther zu Langenbielau in Schlesien, betreffend Niederschlagung einer wider diesen eingeleiteten Untersuchung wegen Tumults und Dienstvergehen mehrerer Beamten, wird der Vorrang vor der Tagesordnung eingeräumt.

Berichterstatter Kaul verliest denselben: Der Gutsbesitzer Günther zu Langenbielau trägt in einer Petition vor, daß der Polizei-Verweser Meyer und die Gerichtsschulzen Hentschel und Weiß zu Langenbielau sich mehrfacher Ueberschreitungen der Amtsbefugnisse und Brutalitäten schuldig gemacht hätten. Deshalb habe er auf Veranlassung der Einwohner Langenbielau's zur Zeit der Urwahlen mit einer Deputation von etwa 8 Personen, denen noch andere sich angeschlossen, zu Meyer mit dem Ersuchen sich begeben, seine Verletzung zu beantragen, ebenso auch den Gutsherrn Grafen Sandrecky ersucht, Ruhe sei der Petent doch als Urheber eines Tumults zur Criminaluntersuchung gezogen worden, um deren Niederschlagung er bittet. Ueber die veranlassenden Thatsachen wird unter Andern vom Petenten mitgetheilt, und durch Unterschrift von 390 Einwohnern Langenbielau's bestätigt: Meyer, der sein Amt mit der Drohung angetreten, die Bewohner Langenbielau's sollten vor seinem Schatzthätigkeit erhalten, habe eine angeschaffte Prügelmaschine den ganzen Tag hindurch in prügelt und mit dem Rathe entlassen worden, sich aufzuhängen. Einen alten ehemaligen Unteroffizier von den Husaren, der die Feldzüge von 1813 mitgemacht, habe Meyer förmlich zu Tode hauen lassen, weil seine Kinder in Folge der Armuth des Vaters gebettelt hätten. Die Gerichtsschulzen Hentschel und Weiß sollen es haben gesehen lassen, daß bei dem zu Langenbielau herrschenden Typhus die Leichen armer Leute 5 Tage lang unter heißem Ziegeldache geliegen, und arme Kranke, von denen während einer Woche 25 in einem Tage ohne Hilfe gelassen, so daß sie ganz in der Nähe wohnende Weiß mehrere Tage ohne Hilfe gelassen, so daß sie aus Durst ihren eigenen Urin getrunken. Die Commission war der Ansicht, daß über den Antrag auf Niederschlagung der Untersuchung als einen Eingriff in ein gerichtliches Verfahren zur Tagesordnung überzugehen, gegen Meyer, Hentschel und Weiß aber unverzüg-

lich eine Untersuchung herbeizuführen sei. Unter Bezugnahme auf das Gesetz vom 29. März 1844 über das Strafverfahren gegen Beamte, hat daher die Commission beantragt: die hohe Versammlung möge beschließen, die Petition an den Herrn Minister des Innern abzugeben, um sofort eine Untersuchung gegen die Beschuldigten zu veranlassen, und über das Resultat der Versammlung Vortrag zu erstatten. — Dieser Kommissionsantrag wird ohne Diskussion angenommen.

Die Abg. v. Lisiecki und Temme richten an das Staatsministerium die schleunige Interpellation: welche Schritte Seitens desselben zur Ausführung des mit großer Majorität gefaßten Beschlusses, betreffend die Sanktion des Jagdgesetzes geschehen seien. — Dieser Interpellation wird von 178 gegen 163 Stimmen der Vorrang vor der Tagesordnung verfaßt.

Nachdem hierauf Vizepräsident Jonas den Vorsth übernommen, wird das Resultat der Präsidentenwahl bekannt gemacht. — Gestimmt haben 348, die absolute Mehrheit beträgt also 175 Stimmen. Es erhielten Stimmen: v. Unruh 177, Phillips 170, Jonas (Berlin) 1; v. Unruh ist also zum Präsidenten gewählt. Es wird sodann zur Vizepräsidentenwahl geschritten. Der Namensaufruf wird verlesen, die Abgeordneten werfen die Stimmzettel in die Wahlurne und die Schriftführer nehmen das Scrutinium vor, während man unter Vorsth des Vizepräsidenten Phillips in der Tagesordnung weiter geht.

Auf dieser befindet sich zunächst die Beantwortung der von den Abgeord. Feyerabend und Richter eingebrachten Interpellation. Feyerabend: Die Regierung hat früher erklärt, sie beabsichtige parcellenweise Veräußerung der Domänen. Später erschien in mehreren Zeitungen eine vom 4. Oktober datirte und G. Bindernagel, Bevollmächtigter der Königl. Preussischen Forst- und Domainenverwaltung, unterzeichnete Bekanntmachung, worin der Unterzeichner erklärt, er sei von der preussischen Regierung beauftragt, für die Colonisation der östlichen Provinzen tüchtige Aderwirthe zu suchen, er fordere daher qualifizierte Personen aus dem südwestlichen Deutschland auf, bei ihm sich zu melden. Wie ich anderweit in Erfahrung gebracht, sollen besonders Landwirthe aus Hessen-Darmstadt, Württemberg und Baden herangezogen werden. Eine solche Veräußerung der Domänen aber würde für das Land gar keinen Nutzen haben, auch ist nicht zu besorgen, daß einheimische Käufer fehlen würden, ja mir ist bekannt, daß die Regierung Bewohner der Provinz Preußen mit ihren Kaufanträgen deshalb zurückgewiesen hat, weil zuerst Ansiedler aus dem südwestlichen Deutschland berücksichtigt werden müßten. Ich frage daher das Ministerium, warum die östlichen Provinzen von dieser Colonisation ausgeschlossen sind? warum die Betreibung dieser Angelegenheit einem fremden Agenten angetragen, und welche Bedingungen diesem gestellt worden? Der Finanzminister: Bereits im Jahre 1845 wurde die Regierung aufmerksam auf die Auswanderung aus dem Westen und Süden Deutschlands in überseeische Provinzen und sie nahm dabei wahr, daß eine große Menge thätiger Leute über See gingen. Nun machte das Bedürfnis besserer Benutzung der Domainialgrundstücke sich geltend und die Regierung dachte dabei zugleich den Auswanderungen eine andere Richtung zu geben, indem sie den Auswanderern Gelegenheit zur Ansiedelung verschaffen wollte. Deshalb trat sie in Verbindung mit Personen, welchen die Verhältnisse im Westen und Süden Deutschlands bekannt waren. Unter diesen Personen befand sich auch der Baumeister Bindernagel, mit welchem Unterhandlungen angeknüpft wurden, um vorzugsweise aus den westlichen Provinzen unseres Staates, und nur wenn da keine zu finden, aus anderen Deutschen Staaten Colonisten zu gewinnen. Später wurde von diesem Colonisationsprojekt Abstand genommen, und beabsichtigt, die Domainen in größeren oder kleineren Parzellen, je nach Maassgabe der Umstände, Privateigenthum werden zu lassen. Das mit Bindernagel getroffene Uebereinkommen war jedoch nicht ohne Weiteres zu beseitigen, es wurde also ein anderes Arrangement getroffen, und da Bindernagel Entschädigung erhalten mußte, verpflichtete sich die Regierung, ein Vorwerk in Ostpreußen, über welches derselbe bereits Contracte geschlossen, ihm zur Unterbringung zu überlassen, dagegen wurde sonst jede direkte Mitwirkung seinerseits beseitigt. Es ist also keineswegs die Absicht der Regierung, die Bewohner der östlichen Provinzen zu benachtheiligen. Neben dem erwähnten Abkommen mit Bindernagel wurde allerdings seine Theilnahme und die Benutzung seiner Kräfte bei den zu entwerfenden Theilungsplänen auch ferner in Anspruch genommen, jedoch zunächst nur bis zum 1. Januar 1851. Dabei wurde der Regierung das Recht der Kündigung vorbehalten, doch muß dieselbe ihm dann 175 Morgen Areal à 1 Thlr. überlassen, und wenn dies nicht angenommen werden sollte, ihm gestatten, bei Licitationen von Domänen sich zu betheiligen, und den dem Werthe jenes Areals entsprechenden Kapitalbetrag bei Zahlung der Kaufgelder in Rechnung zu stellen. Die Regierung ist übrigens ganz einverstanden damit, daß seine anderweitige Benutzung der Domainen stattfinden müsse, doch wird dieselbe nicht allenthalben in kleinen Parzellen erfolgen können, vielmehr wird man nach den verschiedenen Localverhältnissen sich zu richten haben. Daß aber die Regierung ihren früheren Plan ganz aufgegeben hat, ist schon daraus ersichtlich, daß ich bereits unterm 23. v. Mts. an Se. Majestät den König berichtet habe, um die Genehmigung zur Licitation eines Vorwerks in Ostpreußen einzuholen. Feyerabend: Auch aus den östlichen Provinzen Preußens findet Auswanderung statt. Doch wird die eben abgegebene Erklärung des Herrn Ministers das Land beruhigen. Im vorigen Jahre wurde bereits eine pachtlos werdende Domaine Behufs der Parcellirung ausgemessen; jetzt ist man wieder davon abgegangen, und hat die Verpachtung fortgesetzt. Ich richte daher an den Finanzminister noch die Frage, ob bei den pachtlos werdenden Domainen in nächster Zeit Licitation erfolgen wird. — Der Finanzminister erklärt: Bevor er auf diese ganz neue Frage antworten könne, müsse ihm der Fall genau bezeichnet und die Zeit zu vollständiger Information gelassen werden. — Feyerabend behält sich darauf die näheren Angaben vor.

Man geht sodann zum Bericht der Petitions-Commission über. Auf den Antrag Ludewig's beschließt die Versammlung, daß der heutige Beschluß wegen sofortiger Ueberweisung an das betreffende Ministerium nur auf diejenigen Petitionen Anwendung finden solle, bei welchen blos diese Ueberweisung schlechthin beantragt worden, wo aber noch etwas zugefügt ist, soll die Versammlung Beschluß fassen. — Baumstark verliest demnach als stellvertretender Berichterstatter den Bericht. Die unter XIX. No. 1 — 4. enthaltenen Petitionen, welche größtentheils prozessualisch zu regelnde Verhältnisse betreffen, werden dem Kommissions-Antrage gemäß theils durch Uebergang zur Tagesordnung, theils durch Ueberweisung an das Ministerium zur Berücksichtigung beseitigt.

Hierauf wird das Resultat der Vicepräsidentenwahl bekannt gemacht. Stimmende waren 353; die absolute Majorität beträgt also 177. Waldeck hat 177, v. Auerswald (Rosenberg) 174, Milde 1, Kühlwetter 1; der erstere ist also zum Vicepräsidenten gewählt.

Der Abgeordnete Baumstark fährt nun fort mit Lesung des Berichts der Petitionscommission. Es werden in demselben weiter die Petitionen unter XIX. 5—46. erledigt, theils durch die Tagesordnung, theils durch Ueberweisung an die betreffenden Ministerien. Keine dieser Petition bietet ein einigermaßen erwähnenswerthes Interesse; die Mehrzahl ist aus Schlesien und bezieht sich oft ziemlich speciell auf dortige agrarische Verhältnisse. Einige enthalten Kuriosa, welche die Heiterkeit der Versammlung hervorrufen; im Gan-

zen zeigen sich die Bittsteller über den Beruf derselben wenig unterrichtet, und fordern oft Eingreifen in das Detail der Administration und Justiz. Eine kurze Debatte entspinnt sich nur über einen Antrag mehrerer schlesischer Gemeinden auf gänzliche Aufhebung des Wegegeldes gegen Einführung einer Commission vorgeschlagenen Tagesordnung beantragt, doch tritt die Majorität in diesem, wie in allen übrigen Fällen der Commission bei. Schluß der Sitzung 2 Uhr. — Nächste Sitzung: Montag den 30. Vormittags 9 Uhr. — Tagesordnung: Fortgesetzte Verhandlung der Verfassungs-Urkunde.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: E. Senfel.

!!! Beachtenswerth !!!

So eben ist bei Leopold Schlessinger in Berlin erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Posen vorrätig bei Gebrüder Scherk, Markt No. 77.:

Preussens König und Volk.

Zur Versöhnung ein freies Wort von Max Zacharias.

2 Bogen in elegantem Umschlag. Preis 5 Sgr. Der aus Feld's Locomotive bekannte Verfasser hat in dieser Denkschrift, welche eine treffende Charakteristik Friedrich Wilhelm IV. enthält, ein schätzbares Material zur Beurtheilung Preussischer Zustände in leicht faßlicher und gedrängter Form niedergelegt.

Aufgebot Posener Stadt-Obligationen. Dem Gutspächter Otto Helling zu Lagiewniki im Kreise Posen, sind nach seiner Angabe folgende Posener Stadt-Obligationen, deren früheren Besitz er glaubhaft dargethan hat, in der Nacht vom 9. zum 10. Mai d. J. gestohlen worden:

- a) No. 208. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- b) No. 362. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- c) No. 493. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- d) No. 1240. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- e) No. 1331. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- f) No. 1352. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- g) No. 1353. über 100 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- h) No. 580. über 50 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- i) No. 1397. über 50 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- k) No. 1463. über 50 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- l) No. 702. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- m) No. 1296. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- n) No. 1546. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Febr. 1825,

- o) No. 1829. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- p) No. 1853. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- q) No. 1886. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- r) No. 1888. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,
- s) No. 1973. über 25 Thlr. Preuß. Courant, vom 22. Februar 1825,

sämmtlich nebst den Zins-Coupons No. 47. und 48. Da diese Obligationen nebst Zins-Coupons nach dem Atteste des hiesigen Magistrats vom 5. Juni 1848 noch gültig sind, so werden alle diejenigen, welche an obige Obligationen und Coupons als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber, oder an die Schuldposten der Stadt selbst, Ansprüche zu machen haben, aufgefordert, diese spätestens in dem auf den 15ten Januar 1849 Vormittags um 10 Uhr

in unserem Instruktionszimmer vor dem Oberlandes-Gerichts-Referendarius Rappold anberaumten Termine bei Vermeidung der Präklusion und Auf-erlegen eines ewigen Stillschweigens anzumelden. Posen, am 17. August 1848.

Königliches Oberlandes-Gericht; Abthl. für die Prozeß-Sachen.

Bekanntmachung.

Die direkte Brod- und Fourage-Verpflegung der königlichen Truppen im Bereiche der unterzeichneten Intendantur pro 1849. soll im Wege des Submissions- event. des Licitations-Verfahrens in Entreprise gegeben werden, und haben wir die desfalligen Ausbietungs-Termine an den nachbenannten Tagen und Orten vor unserm Deputirten, dem Intendantur-Rath Meyer, wie folgt, anberaumt:

Tag und Stunde des Termins.	Auf dem Rathhause zu	Behufs Verdingung des Brod- und Fourage-Bedarfs für die Garnison- und resp. Kantonnements-Orte.
Am 23. Oktober c. Vormittags 10 Uhr	Breschen . .	Breschen und Miloslaw.
" 24. " dito	Schroda . . .	Schroda, Kurnik und Bnin.
" 25. " dito	Schrimm . . .	Schrimm, Santomyśl, Neustadt a/W. u. Gostyn.
" 26. " Nachmittags 3 Uhr	Pleschen . . .	Pleschen und Jarocin.
" 27. " Vormittags 10 Uhr	Ostrowo . . .	Ostrowo und Adelnau.
" 28. " dito	Krotoschin . .	Krotoschin, Zduny und Kosmin.
" 30. " dito	Kawicz . . .	Kawicz.
" 31. " dito	Lüben	Lüben und Polkwitz.
" 1. November c. dito	Liegnitz . . .	Liegnitz, Wahlstadt, Hainau und Jauer.
" 2. " dito	Löwenberg . .	Löwenberg, Hirschberg, Bunzlau und Lauban.
" 3. " dito	Görlitz	Görlitz.
" 4. " Nachmittags 3 Uhr	Sagan	Sagan und Sprottau.
" 6. " Vormittags 10 Uhr	Beuthen . . .	Beuthen, Freistadt und Grünberg.
" 7. " dito	Karge	Karge, Bentschen und Wollstein.
" 8. " dito	Fraustadt . . .	Fraustadt.
" 8. " Nachmittags 3 Uhr	Lissa	Lissa.
" 9. " Vormittags 10 Uhr	Kosten	Kosten.
" 10. " dito	Gräg	Gräg.
" 10. " Nachmittags 3 Uhr	Buk	Buk und Stenczewo.
" 11. " Vormittags 10 Uhr	Pinne	Pinne, Neustadt, Samter und Bronke.
" 13. " Nachmittags 3 Uhr	Kogasen . . .	Kogasen, Obornik, Murowana-Goślin, Wogrowiec, Wiatrowo-Hauland, Mikolajewo und Prusiec.
" 14. " dito	Czarnikau . . .	Czarnikau, Filehne und Schönlanke.
" 15. " Vormittags 10 Uhr	Chodziesen . .	Chodziesen und Umgegend, so wie Ulez, Schneidmühl, Margonin und Samoczyn.
" 16. " dito	Kakel	Kakel, Coronowo und Wirzig.
" 17. " dito	Schubin	Schubin, Erin, Labischin und Znin.
" 18. " dito	Inowraclaw . .	Inowraclaw und Strzelno.
" 20. " dito	Gnesen	Gnesen, Mogilno, Klecko und Trzemieszno.
" 21. " dito	Kostrzyn . . .	Kostrzyn, Pudewitz und Schwersenz.

Eine gut rentirende Apotheke, die zwei Gehülfen beschäftigt, in einer Kreisstadt am schiffbaren Strome und durchführenden Poststraße (Chaussee), sechs Meilen von Posen und sechs Meilen von der Schlesischen Gränze, ist wegen Altersschwäche des Besitzers unter annehmbaren Bedingungen sofort zu verkaufen. Das Nähere ist zu erfahren in der Zeitungs-Expedition in Posen und die Bedingungen beim Besitzer des Hauses Schützenstraße No. 98/25. in Posen einzusehen.

Wohnungs-Veränderung in Stettin.

Meine Wohnung ist jetzt Breitestraße 367. eine Treppe (im Schäferschen Hause).
A. Wittkowski, Glasermeister und Restaurateur.

Wegen gänzlicher Aufgabe meines Ziegeleigeschäfts zu Fabianowo offerire ich einen bedeutenden Vorrath von Mauerziegeln und Bruchstücken, desgleichen 3 massive Ziegelöfen und ein massives Haus mit Bretterbedeckung zum sofortigen Abbruch unter mäßigen Verkaufsbedingungen.

A. E. Schlarbaum,
Mühlstraße No. 3.

Zwei möblirte Stuben sind sogleich zu vermieten Schützenstraße No. 98/25.

Zum Mittagisch im Abonnement pro Monat 7½ Rthlr. ladet ergebenst ein
Klingenburg, Bresl.-Str. No. 37.

Zum Mittagisch im Abonnement pro Monat 6 Rthlr. ladet ergebenst ein
Gesellach,
Wassermühlstraße No. 15.

Die Harms'sche Concursmasse.

Ihr Herren vom Schlosse, wachet doch auf, puzt den Staub der Alten von 1844 ab, sehet sie recht an, sind sie nicht schon dick und alt genug um reif zu sehn? Sollen die Gläubiger, die ihr Geld vor vier Jahren durch das Davonlaufen Kaufmann Heinrich Harms verloren haben, auch jetzt bei den errungenen März-Freigkeiten, die ihr auch mit Freuden begrüßet, nicht das Recht haben zu fragen, wo sind die Paar Tausend Thaler aus den damals verkauften Weinen, Möbeln u. hingekommen? ist noch etwas da? werden die Gläubiger einst was bekommen? und wann?
Carl Fl.

(Mit einer Beilage.)

Indem wir Vorstehendes bekannt machen, fordern wir kautionsfähige und reelle Unternehmer hierdurch auf, ihre schriftlichen, auf dem Couvert mit der Bezeichnung: „Lieferungs-Anerbietung“, versehenen Offerten in den vorbezeichneten Terminen persönlich an unsern genannten Deputirten wohl versiegelt einzureichen, der demnächst in Zeugen-Gegenwart stattfindenden Entseglung derselben beizuwohnen und sich gleichzeitig über ihre Qualifikation und Kautionsfähigkeit auszuweisen.

Auf später, als höchstens eine Stunde nach eröffnetem Termin eingehende Submissionen, wie überhaupt auf Nachgebote, kann durchaus keine Rücksicht genommen werden, und im Fall das niedrigste Submissions-Anerbieten sich als nicht annehmbar ergeben sollte, wird im Termin sofort ein öffentliches Licitations-Verfahren eingeleitet werden, weshalb das persönliche Erscheinen der Offerenten um so notwendiger ist.

Die Bedarfs-Nachweisungen, Submissionen und Lieferungs-Bedingungen sind bei den königlichen Proviant-Aemtern zu Posen, Glogau und Bromberg, so wie bei sämmtlichen Magisträten der Lieferungsorte einzusehen. Posen, den 3. Oktober 1848.

Königliche Intendantur des 5. Armee-Corps.

Z u l a n d.

* **Posen, den 30. Oktober.** Der von der hiesigen deutschen Bevölkerung gegen den Beschluß der Nationalversammlung vom 23. d. M. eingelegte Protest ist vorgestern nach Berlin abgegangen. Er zählt viele Tausende von Unterschriften, zu welchen noch täglich neue Nachsendungen erfolgen. Ebenso ist die von Seiten des hiesigen deutschen Central-Comités im Namen der Bevölkerung entworfen, in Frankfurt einzulegende Verwahrung gegen jenen Beschluß bereits nach ihrem Bestimmungsorte abgesendet worden. — Unsere Mitbürger erinnern sich noch, daß in der Volksversammlung vor 14 Tagen, in welcher die Einreichung einer Petition an das Staatsministerium wegen Beibehaltung des Belagerungszustandes für hiesige Stadt beschlossen worden, der Posen-Schrodaer Schuzverein zu unserm Bedauern mit einem dissentirenden Antrage vortrat, und in Folge dessen auch wirklich auf eigene Hand eine Petition im entgegengesetzten Sinne an das Staatsministerium ergehen ließ. Wir verkannten nicht die gute, auf Friedensstiftung hieselnde Absicht des Schuzvereins, mußten aber zu unserem Leidwesen bemerken, daß derselbe die Sachlage durchaus unrichtig aufgefaßt hatte und vor der Zeit ein übereiltes, unreiches Resultat herbeizuführen strebte. Auch wir wünschen sehnlichst Ruhe und Eintracht in der Provinz wiederhergestellt zu sehen, sind aber der entschiedenen Meinung, daß an eine dauernde Befestigung derselben nur gedacht werden kann, wenn zuvor die einzig haltbare Grundlage dafür gewonnen, die feindlich durcheinander geworfene Bevölkerung durch die Demarkation in zwei von einander gesonderte, mit einander nicht in Berührung kommende Verwaltungsbezirke abgetheilt worden. Die Nationalversammlung in Berlin hat durch ihren Beschluß vom 23. d. M., den inzwischen kaum leicht verdeckten Zwiespalt unter der Bevölkerung unserer Provinz nochmals zum Klaffen gebracht, und dadurch unsere früher dem Schuzverein gegenüber geltend gemachten Gründe für Beibehaltung des Belagerungszustandes unwillkürlich unterstügt. Wie wir eben vernehmen, hat der Schuzverein in Erwägung der durch diesen Beschluß „aus Neu“ hervorgerufenen Feindseligkeit und Schroffheit der Parteien in unserer Provinz seine damals eingelegte Petition widerrufen und in einer nach Berlin gesandten Erklärung ausdrücklich zurückgenommen.

Posen, den 31. Oktober. Nach gestern Abend hier eingelaufenen Nachrichten war es in Wronke zu bedenklichen Händeln zwischen den beiden Nationalitäten gekommen. Veranlassung soll der bekannte Fahrenraub und die deshalb bei den Deutschen herrschende Erbitterung gewesen sein. Bei Abfertigung der Depesche war Generalmarsch geschlagen worden, auch fürchtete man Gefahr für die Eisenbahn. Die hiesige Kommandantur traf sofort die geeigneten Maßregeln, um für den Nothfall noch im Laufe der Nacht eine Militärverstärkeung mit einem Eirtrazuge nach Wronke abzufenden. Diese Nothwendigkeit ist jedoch nicht eingetreten, es muß den Wronkern ohne fremde Hilfe gelungen sein, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen.

+ **Aus der Provinz, den 30. Oktober.** Führen wir uns in diesem wichtigen Augenblick, in dem der Ruf der Erhebung gegen die Berliner Beschlüsse vom 23. und 26. Oktober durch alle Ortshaupten Deutschens geht, führen wir jetzt uns noch einmal klar vor die Augen, um was es sich handelt und was wir wahren wollen. Wir wahren unser Recht auf Deutschland, das wir in diesem Frühjahr mit unserm Blut erkauft haben, das die Versprechungen im April und Mai, das der Beschluß des damaligen Bundestages uns verbrieft hat, wir wahren unser Recht, das wir durch Beschluß des Parlaments deutscher Nation vom 27. Juli besiegelt erhalten haben. Als die Kunde des Jubiläumsschlusses von Frankfurt zu uns her drang, haben wir freudig das Ende unseres Mühens begrüßt, wir haben das Kämpfen beendet, weil wir den Sieg errungen glaubten, und wir hatten ihn errungen, da die Klarheit des in Frankfurt gefällten Spruches uns vor jeder Deutelei sicher stellte. Wir gaben uns dann der Ruhe hin im Vertrauen auf die schnelle Ausführung jenes Spruchs und immer die nächste Stunde schien uns den Vollzug zu bringen. Aber urplötzlich wurden wir im Schlaf überrascht, und alle unsere Errungenschaften sehen wir durch die Berliner Beschlüsse in Frage gestellt und aufs Spiel gesetzt.

Deutsche Mitbürger! Laßt es Euch aus der Provinz nochmals entgegenrufen: für uns besteht der Beschluß des Frankfurter Parlaments vom Juli d. J. in voller Kraft und Gültigkeit. Kein Gegenbeschluß einer anderen Versammlung kann ihn jemals aufheben: er wird und muß hier zur Ausführung kommen: dafür bürgt uns Deutschland, dafür bürgt uns das Parlament der deutschen Nation, dafür bürgt uns unsere eigene Kraft!

Berlin, den 30. Oktober. Aus zuverlässigen Nachrichten über den Stand der Dinge in Wien steht so viel fest, daß die Beschickung und der Angriff der Stadt am 28. Morgens bald nach 10 Uhr begonnen hatte. Ueber die derselben vorhergegangenen letzten Ereignisse gehen uns aus der Umgegend Wiens noch folgende Nachrichten zu: Der Fürst Windischgrätz hatte die Bedenkzeit zweimal verlängert; die letzte Frist war am 27. Abends abgelaufen. An diesem brünst in der Stadt oder der unmittelbaren Nähe derselben. Der Fürst hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, der der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewalt-Maßregeln erwachse, verantwortlich machen. Einzelne Personen, denen es mit großer Mühe gelungen, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das bewaffnete Volk selbst in die Gathäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme am Kampfe zwinge.

Die Ungarn standen am 27. mit angeblich 40—50,000 Mann jenseits der Leitha, und über ihre Absichten herrschte vollständige Ungewißheit. Seitdem das erste Dampfschiff mit 700 Ungarn in Grund geschossen worden, ist kein weiterer Versuch von ihnen gemacht worden, der Stadt zu Hülfe zu kommen.

Breslau, den 28. Oktober. Bis zum 27sten d., Mittags 1 Uhr, war weder ein Angriff auf Wien, noch eine Uebergabe derselben erfolgt.

Die noch immer aus der Stadt nach dem Lager strömenden Deputationen verathen jedoch auf unabweisliche Weise, daß die Stimmung zur Uebergabe geneigt sei und das einzige Hinderniß in der Unmöglichkeit liege, die Bedingung des Fürsten Windischgrätz in Betreff der Entwaffnung des Proletariats und des Restes der akademischen Legion sogleich zur Ausführung zu bringen.

Windischgrätz hat den strengen Befehl gegeben, nirgend einen Angriff

zu unternehmen. Allerdings haben an einzelnen Punkten kleine Scharmügel stattgefunden, jedoch stets nur auf den Angriff einzelner verzweilter Städte, welche das Belagerungsheer zurückschlug. Eben so ist der Ungarische Vortrab, welcher zum Entsatz von Wien auf Rähnen die Donau hinaufführ, von den Kroaten angegriffen und zerstreut worden.

Breslau, den 29. Okt. Abends 10 Uhr. (Schlef. Ztg.) Weber heute Nachmittag noch heute Abend ist die Post aus Wien und eben so wenig sind Reisende aus Oesterreich angekommen. Dagegen haben wir durch Briefe von der Oesterreichischen Grenze nachstehende Nachrichten empfangen, durch welche der Beginn des entscheidenden Kampfes und der Eintritt jener schaudervollen Katastrophe gemeldet wird, die der Freund der Freiheit und der Humanität nur tief beklagen kann. — Das hauptsächlich der uns gewordenen Mittheilungen beschränkt sich auf das Nachfolgende. Die Spannung auf den Ausgang des brudermörderischen Kampfes wird dadurch vergrößert, aber es kann beinahe nicht mehr zweifelhaft sein, auf welche Seite sich die Entscheidung der Waffen neigen wird.

Oderberg, den 29. Okt. So eben erhalten wir von Reisenden, welche heute mit dem Eisenbahnzuge von Florisdorf hier angekommen sind, nachstehende wichtige Mittheilung: Nach einer telegraphischen Depesche vom General Wias in Wien an den Minister Wessenberg in Olmütz vom 28. Okt. soll Windischgrätz von allen Seiten Wien in Angriff nehmen. Der Bahnhof in Wien ist mit 5000 Mann Soldaten besetzt. — Bei einem Angriff des Militärs auf die Barrikade beim Eingang in die Jägerzeil ist das angreifende Bataillon Schönhals fast ganz aufgerieben worden, die Barrikade selbst aber von den Schützen und Grenadieren später genommen worden. Die Vorstädte Franz-Allee und Luisenstraße sollen gänzlich niedergebrannt sein und das Militair ist bis zum Karlstheater vorgedrungen. Gestern Abend wurden vom Militair die ersten Bomben auf die Stadt entsendet. — Die Anführer der akademischen Legion verlieren sich nach und nach. — Der Landsturm von Ungarn soll nach Augenzeugen nunmehr gestern Abend wirklich vor Wien angelangt sein.

Katibor, den 29. Okt. Soeben (10 Uhr) kommt der Wiener Zug und bringt Reisende aus Pests und Mähren mit. Erstere erzählen, daß der ungarische Landsturm aufgebrochen, daß vorgestern und gestern Tausende vom Landvolk mit Piken und Säbeln bewaffnet, auf Oesterreichischem Boden eingetroffen seien. Kosuth ist in Siebenbürgen (?), um das Volk anzufeuern. Sodann soll im Ganzen die Sache des Volkes besser stehen, als die des Militärs; der Gefangenen sind viel mehr auf Seite der Truppen als der Stadt. 1500 Jäger, die gegen die gemauerte Barrikade in Jägerzeil sochten, sollen bis auf 150 Mann aufgerieben sein, welche letztere sich auf Gnade und Ungnade ergaben. Im Uebrigen wurde gestern den ganzen Tag bombardirt, so daß viele Straßen brannten; die Reisenden wollen die Blamme in Ungern, 3 Meilen von Wien, deutlich gesehen haben.

++ **Von der schlesischen Grenze den 29. Oktober.** Die Vorgänge in und um Wien ziehen in diesem Augenblicke alle Aufmerksamkeit auf die Kaiserstadt weg von dem eigentlichen Schauplatz der deutsch-feindlichen Thätigkeiten in Böhmen und Mähren überzeugt haben, muß namentlich einen Blick haben werfen können in die von Prag aus geleitete Fanatisirung der Czechen, muß die erneuerte Macht und den Einfluß der Slowanska lipa kennen, um einzusehen, daß die österreichische Reaction gegen Deutschland und Wien (denn eine andere ist sie nicht) aus einer geschicht angelegten böhmisch-slawischen Conspiration hervorgeht, daß die österreichische Camarilla im intimsten Einvernehmen mit den Leitern jener Lipa steht und allen jenen böhmischen Reichstagsabgeordneten, die jetzt in Böhmen den Aufruhr gegen Deutschland proklamiren. Daß endlich die österreichische Reaction eher entschlossen ist, die Kaiserdynastie in einem großen Slavenreich aus Neu zu begründen, als in einer engen Verbindung mit dem verhassten Deutschthum möglicherweise von ihren Präentionen irgend nachgeben zu müssen, liegt jetzt offen zu Tage. Jetzt, wo die feindliche Spiel beginnen und dieser den Untergang drohen, jetzt tritt der Banus Jellachich, der bisher nur von der Wahrung der constitutionellen Rechte und Gleichberechtigung der österreichischen Nationalitäten in seinem Erlasse gesprochen hat, mit folgendem Schreiben an die Slowanska lipa hervor:

„Theure Gefährten, liebe Brüder! Meine bisherigen Handlungen zeigen euch, was ich anstrebte und was ich wünsche. So wie ich von Liebe für das Slawenthum besetzt bin, so bin ich auch im Innersten meines Herzens überzeugt, daß das Slawenthum die größte Stütze Oesterreichs, daß aber auch Oesterreich für das Slawenthum eine unabweisliche Bedingung sei, und daß, „wenn es kein Oesterreich gäbe, wir eins schaffen müßten.“ Es giebt sicherlich keinen vernünftigen Menschen, der es nicht wissen würde, daß das Bestehen Oesterreichs mit jenem des Slawenthums und dieses mit jenem aufs engste verknüpft sei. Es war daher meine Pflicht als treuer und inniger Slawe, die anti-österreichische Partei, die sich feindlich gegen das Slawenthum erhob, in Pests zu erniedrigen und zu vernichten. Als ich aber hinzog nach Pests, dem Reste magyarischer Aristokratie, da erhoben sich unsere gemeinsamen Feinde, und hätten sie in Wien gesiegt, so wäre mein Sieg in Pests nur halb gewesen und die Hauptstütze meiner Feinde wäre Wien geworden. Deshalb wendete ich mich mit meinem ganzen Heere nach Wien, damit ich die Feinde der Slawen in Oesterreichs Hauptstadt züchtige. Unermesslich war meine Freude, als ich sah, wie meine Brüder in Böhmen, geführt von derselben Ueberzeugung, welche durch die Abreise der Abgeordneten noch gekräftigt wurde, die siegbeladenen Fahnen vor Wien trugen, um mir und dem verbrüderten Heere die Hand zu reichen und dort entweder heldenmüthig zu siegen oder rühmlich zu fallen. Mich führte nur die Ueberzeugung, daß ich gegen den Feind des Slawenthums ziehe vor Wien, und ich hege die Hoffnung, daß ihr mein Wirken nicht nur versteht, sondern auch unterstützen werdet. Nehmt meinen Gruß. Im Hauptlager des kroatisch-slawischen Heeres bei Zwölfaxingen, am 22. Oktober.

Jellachich, Banus.“

In Prag hat diese Zuschrift eine Siegestrunkenheit hervorgerufen, wie nach gewonnener Schlacht. Man spricht offen von der Herstellung eines slavisch-österreichischen Kaiserthums und Unterdrückung der verhassten Niemcy's durch den „tapfern Slawenfohn“ Jellaich, und die mit ihm operirenden „Kaiserlichen“ Herren: Pintas, Nieger und Palacky waren es besonders, die in Olmütz die unglückselige Einberufung des Reichstages nach Kremsien bewirkt haben. Dieser Staatsreich der czechischen Partei ist vollkommen gelungen und die Konstituierung des slavisch-österreichischen Reichstags steht nun in nächster Aussicht.

Preßburg, den 25. Okt. Noch immer hat sich in unserer Stellung zu Wien nichts geändert. Nur so viel steht fest, daß Kossuth vorgestern in dem zwischen hier und Oedenburg gelegenen Barendorff beim Centrum der Ungarischen Armee angelangt ist und dort Kriegsath hält. Außerdem sind gestern hier von Pesth und Komorn 9 Dampfschiffe angekommen, darunter 6 Remorqueurs mit je 3 Schlepsschiffen. Auf jedem derselben befanden sich gegen 400 Mann Sensenmänner, so daß wir im Augenblick etwa 8000 kräftige Magyaren in Bauerntracht hier versammelt haben. Heute gehen dieselben in das Kossuth'sche Lager ab. Wenn man berücksichtigt, daß diese 8000 Mann dem Komornor Comitath allein angehören und daß Kossuth eine gleiche Anzahl aus dem eisernerer Wieselburger und Oedenburger Comitath zum Marsch nach dem Hauptlager bewogen hat, so läßt sich denken, welche Anzahl von Kämpfern an der Oesterreichischen Grenze zusammenkommen werden. Wie es heißt, werden dieselben insgesammt noch heute, zum dritten Male, gegen Wien vorrücken.

Prag, den 27. Okt. Einem Dest. Blatte entnehmen wir nachstehende Mittheilung über die Lage Wiens am 24. Okt.: Unsere Lage wird immer bedenklicher. Der Kampf, der beginnen wird, ist ein durch den Beschluß des Reichstags geheiligter. Er dürfte deshalb nicht weniger fürchterlich werden. Der Belagerungsstand nimmt eine ganz ernsthaftige Miene an. Heute schon war der Mangel an Lebensmitteln sehr fühlbar, morgen dürfte er unerträglich werden. Das Entsernen aus der Stadt ist nun für Jedermann eingestellt. Das Nationalgarde-Ober-Kommando spricht von außerordentlichen Vertheidigungs-Maßregeln und behauptet, Wien könne sich gegen einen Angriff von 200,000 Mann halten. Wir werden sehen, inwiefern sich dieses bewahrheitet. — Ein großer Theil der Nationalgarde verhält sich jetzt schon neutral. Eine Compagnie derselben mußte jetzt schon entwaffnet werden, weil sie sich zum Dienste nie stellte. Die unerträgliche Lage dauert zu lange; jeder will seine Existenz retten; die Zahl der wahren Freiheitshelden wird immer geringer. Anarchie? Auch sie ist bereits im Anzuge. Das Oberkommando mußte bereits Befehle gegen Plünderungen wegen vorgekommener Fälle erlassen.

A u s l a n d.

I t a l i e n.

Die Concordia von Turin vom 20. Oktober bringt die bereits in der Sitzung vom 19. Okt. erfolgten Antworten des Ministeriums auf die an dasselbe gerichteten Interpellationen über die Kriegsfrage. Dieselben lauten: 1) Oesterreich hat bis jetzt die von England und Frankreich vorgeschlagene Grundlage der Vermittelung abgelehnt. 2) Der Waffenstillstand wird von acht zu acht Tagen verlängert. 3) Geht Oesterreich auf die Vermittelung nicht ein, so wird der Kampf aufs neue beginnen. Das Ministerium behält sich vor, über den passenden Augenblick dazu zu entscheiden. Der Kriegsminister berichtete über die getroffenen Vertheidigungsmaßregeln und gab das Heer auf 150,000 wohlgerüstete Soldaten an. Nach der Concordia ist General Durando mit 69 Stimmen von 134, nach der Opinion dagegen Vincenzo Gisberti mit 91 von 116 Stimmen zum Präsidenten der Kammer erwählt worden. — Die Blockade von Venedig soll eifriger als je betrieben werden.

Mantua, den 20. Okt. Die Offiziere der hier befindlichen Ungarischen Regimenter haben nachstehende Erklärung veröffentlicht: „Die vom Agitator Ludwig Kossuth an die Ungarischen Krieger geschleuderten verrätherischen Aufforderungen werden hier mit voller Jubilation und mit dem Beifügen zurückgewiesen, daß wir, obwohl mit Leib und Seele Ungarn, für unser Vaterland den gesammten und mächtigen Oesterreichischen Staat halten, und daß wir als Soldaten unserem Eide stets treu verbleiben und niemals eine die pragmatische Sanction verletzende wahnwitzige und nur zum Sturze der Einheit hinarbeitende Partei unterstützen werden. Das Offizier-Corps der Ungarischen Regimenter in Mantua. Den 20. Oktober 1848.“

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Entgegnung an den Herrn Oberförster Stahr.

Endlich erschien in No. 246. dieser Zeitung Ihre auf der schwankenden Ba-

sis der in No. 240. derselben Zeitung enthaltenen Berichtigung gestützte Rechtfertigung des Ihrerseits bei der Fezierer Holzlicitation beobachteten Verfahrens. — Weit entfernt weder die Nüchternheit und Anlogik noch die Widersinnigkeit dieser Purifikation näher zu beleuchten, indem dieses bereits durch das Infernum der Pudewiger wahrheitsliebenden und unparteiischen Holzkäufer hinreichend geschehen sein dürfte, fühle ich mich bloß veranlaßt auf die in Ihrer Rechtfertigung enthaltene und meine Anonymität betreffende Bemerkung zu erwidern, daß mein Name in der Expedition dieses Blattes zu erfahren, meine Person jedoch stets hier in Wierzyce zu finden gewesen ist. — Sollte jedoch auch dieses, wie Einsender weder die Oeffentlichkeit noch Sie scheut, um als Kämpfer der Wahrheit offen in die Schranken zu treten Sie nicht abhalten, dem wahrheitsgemäßen Berichte noch fernerhin verläumderische und unwahre Motive unterzuschoben, so dürfte die seiner Zeit zu erfolgende Veröffentlichung des Resultates der auf Grund des mehrfach erwähnten Vorfalles gegen Sie bei der Königl. Regierung erhobenen und mit mehreren Unterschriften bedachten Beschwerde sowohl dem Publikum wie Ihnen selbst die Augen öffnen.

Cholera-Trank!

Bei meinen seit der ersten Cholera schon im Jahre 1831 hierüber gemachten Erfahrungen habe ich bei jedem sich zeigenden Durchfalle, oder bei oft vorkommenden Stuhlzange in einer kräftigen Abkochung von Leinsaamen, zu haben und ganzen Stunden ein Bierglas voll davon getrunken, als ein außerordentliches, und ich darf behaupten, bewährtes Mittel zur Verhütung des wirklichen Ausbruches der Cholera, selbst wenn er Ueblichkeit oder Erbrechen verursachen sollte, gefunden. Dies theile ich der leidenden Menschheit mit.

Dr. Fries.

Während der ersten Stadien der polnischen Revolution befand ich mich in Stenschowo als interimistischer Schornsteinfeger-Meister in ziemlich angenehmen Verhältnissen. — Bewogen durch eigene Sympathie für Polen, noch mehr aber durch die, von Emiffären und in öffentlichen Plakaten verheißenen großen Vortheile, schloß auch ich mich, obgleich ein Deutscher, der Insurrection an. Der allerdings voraussehende schlimme Ausgang dieser Angelegenheit, beraubte mich meiner Stellung, meines Eigenthums, kurz machte mich zum armseligsten Bettler. Als Gefangener im Fort Winiary, so wie später im Inquisitionslittich, besonders als Deutscher, bedeutend mehr als alle meine Leidens-Genossen, was denselben wohl noch sehr gut im Gedächtniß sein wird.

Die Gnade Seiner Majestät des Königs befreite mich endlich am 12. Oktober d. J. aus meiner langen Haft, aber was sollte ich hülflos, dabei den Unwillen meiner mit Recht entrüsteten Familie fürchtend, nun anfangen? — Ich wandte mich natürlich an Diejenigen, für deren Zweck ich gekämpft hatte und in diese traurige Situation versetzt wurde. Ich erhielt anfangs wirklich einige Thaler zum einseitigen Unterhalt, ja selbst etwas alte Garderobe wurde mir versprochen, aber auch nur versprochen, denn als ich kam und an dieses Versprechen erinnerte, wurde ich wie der gemeinste Bettler mit ein Paar Silbergrößen abgefertigt, und nur die äußerste Noth zwang mich, dieses demüthigende Almosen anzunehmen. Bei meinen späteren Besuchen und Bitten um eine Unterstüzung, womit ich mir wieder auf irgend eine Weise helfen könnte, wurde mir mit solch einer raffinirten Impertinenz geantwortet, daß ich bald die Ueberzeugung gewann: für mich Deutschen sei von dieser Seite nichts mehr zu hoffen. Kränzlich, ohne Geld, Kleider, ja selbst ohne Freunde, bin ich gezwungen (zur Schande Polens sei es gesagt) bei deutschen Leuten, die mich mittheilig aufgenommen haben, mein Leben ärmlich zu fristen, bei deutschen Leuten, die mich doch eigentlich als ihren Feind betrachten müßten. Dies Spiel polnischer Dankbarkeit dient vielleicht manchem allzueifrigen Polonomanen zur abschreckenden Warnung.

Posen, den 31. Oktober 1848. J. Seybach, Schornsteinfeger-Meister.

Cholera.

Posen, den 31. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 9 Personen, gestorben 8.

Marktbericht. Berlin, den 30. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—60 Rthlr.; Roggen loco 28—30 Rthlr., 82 pfd. p. Okt. 28½ Rthlr. Br., 28 G., Oct./Nov., Nov./Dec. 28½ Rthlr. Br., p. Frühjahr 31 Rthlr. bez. u. Br.; Gerste, große, loco 25—26 Rthlr., kleine 24—25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 17—18 Rthlr., p. Frühjahr 48 pfd. 18 à 17 Rthlr., p. Herbst 17 à 16½ Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 36—40 Rthlr., Futterwaare 34—36 Rthlr.; Rapps und Rübsen 73—75 Rthlr.; Rüböl loco 11½ à 11¼ Rthlr. Br., 11½ bez., Okt./Nov. 11½ à 11¼ à ¼ Rthlr., Nov. bis Febr. dto., Febr./März 11½ à 11¼ Rthlr., März bis Mai dto.; Leinöl loco 9½ Rthlr., Lieferung 9½; Spiritus loco ohne Faß 15—15½ Rthlr. bez., mit Faß 15 bez., p. Herbst-Termine 15 Rthlr. Br. u. G., p. Frühjahr 17¼ Rthlr. Br., 17 G.

Bei G. S. Mittler in Posen ist zu haben: Gesetz über die Errichtung der Bürgerwehr vom 17ten Oktober 1848, nebst Verordnng, die Ausführung desselben betreffend. Preis 1 Sgr. 6 Pf.

Ein großer Theil der hier befindlichen Ungarischen Regimenter haben nachstehende Erklärung veröffentlicht: „Die vom Agitator Ludwig Kossuth an die Ungarischen Krieger geschleuderten verrätherischen Aufforderungen werden hier mit voller Jubilation und mit dem Beifügen zurückgewiesen, daß wir, obwohl mit Leib und Seele Ungarn, für unser Vaterland den gesammten und mächtigen Oesterreichischen Staat halten, und daß wir als Soldaten unserem Eide stets treu verbleiben und niemals eine die pragmatische Sanction verletzende wahnwitzige und nur zum Sturze der Einheit hinarbeitende Partei unterstützen werden. Das Offizier-Corps der Ungarischen Regimenter in Mantua. Den 20. Oktober 1848.“

Eine große Auswahl feiner ächter Strickwolle hat erhalten und empfiehlt die Perl-, Seide- und Wollhandlung J. Fuchs, Markt No. 82.

Ein Lehrling findet sofort Aufnahme beim Friseur Caspari, Wilhelmsstrasse No. 8.

Einem geehrten Publikum machen wir die ergebene Anzeige, dass wir den so beliebten Schnupftabak „Etranger“ erhalten haben.

Posen, den 30. October 1848. Gebrüder Friedländer, Markt unterm Rathhause No. 4., und Breslauer-Strasse No. 30.

Große Remisen bis ins dritte Stockwerk, mit einer praktischen Winde versehen, welche sich zu Allem eignen würden, sind zu vermieten bei S. Marcuse, Breitestraße No. 19.

Schönen Reis verkauft mit 2 Sgr. das Pfund S. Marcuse, Breitestraße No. 19.

Am 29ten Oktober ist auf dem Berliner Bahnhofe in Stettin eine Brieftasche abhanden gekommen. Der Finder wird ersucht, solche nebst den darin befindlichen Scripturen, welche doch keinen Werth für ihn haben, ohne Nennung seines Namens, schleunigst pr. Post an Herrn Gustav Kramsta zu Fehrburg in Schefsen einzusenden, dagegen den Inhalt an baarem Gelde als Belohnung zu behalten. Posen, den 1. November 1848.